

Felix Huby:

I GLAUB, I STIRB NO DRA...

Vortrag über Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland

Meine Damen und Herrn,

es ist gewiss ein bisschen ungewöhnlich, einen solchen Vortrag mit einem Lied zu beginnen, zudem mit einem so schlichten Volkslied wie „I, wenn i Geld gnuég hätt...“ Aber dieses kleine Lied erzählt – eigentlich auf sehr poetische Weise - wie es ist, wenn man arm und damit ausgegrenzt ist. Viele von Ihnen werden es kennen, und die können gerne mitsingen, was eine Hilfe für mich wäre. Denn seit meiner Zeit als Jungcharleiter beim CVJM vor nun bald 60 Jahren haben sich meine musikalischen Fähigkeiten kaum weiter entwickelt.

I, wenn i Geld gnuég hätt,
No wüsst i, was i dät,
No was i dät,
Heißa juchhe!
Da müsst a Häusle her,
des no mei oiga wär,
des no mei oiga wär.
Ja, des wär schö.

Oben am Berg müeßt `s sei,
mittla em Sonneschei,
mittla em Sonneschei,
mittle em Klee!
Bluma so viel da witt,
auf jedem Fensterbrett.
Auf jedem Fensterbrett.
Ja, des wär schö.

Da müsst a Weible nei,
schwarzhaarig müsst se sei,
schwarzhaarig müeßt se sei
mit weiße Zäh.
Grad so wia d'Schulza Gret,
du wenn mi nemma dät,
du wenn mi nemma dät.
Ja, des wär schö.

Brächt no dr Storch oms Johr,
an Bua mit Rollahaar,
ein Bua mit Rollahaar,
später no meh.
Und da dazwisch a nei
dürft au a Mädle sei,
dürft `s au a Mädle sei.
Ja, des wär schee.

Aber i han koi Geld!
`S gibt auf dr ganze Welt,
`s gibt auf dr ganze Welt,
ärmers nix meh
I glaub, i stirb no dra,
`s guckt mi net oine a
`s guckt mi net oine a.
Ja, des duat weh.

Niemand weiß genau, wie alt dieses Lied ist. Es klingt fast idyllisch,
und doch erfahren wir, wie schrecklich es damals war, arm zu sein.

„I glaub, i sterb no dra, `s guckt mi koi Mensch meh a...“ könnte auch
heute so manch einer singen oder sagen, weil er arm und sozial
ausgegrenzt ist.

Das ist nun auch schon wieder 18 Jahre her, dass ich für meinen
Roman „Gute Nacht Bienzle“, der unter dem Titel „Bienzle und der
Mord im Park“ verfilmt wurde, unter Nichtsesshaften recherchiert
habe. Obdachlose, sagt man heute. Damals nannte man sie noch
geringschätzig Penner. Die folgende authentische Geschichte fand
Eingang sowohl in den Roman wie auch in den Film:

FOLGT TEXTAUSZUG

Nun könnte man ja meinen, es habe sich seitdem einiges zum
Besseren gewendet. Und eine zeitlang sah es auch so aus. Willy
Brandt hatte ja die Begriffe Empathie, Vertrauen und Solidarität als
die Triebkräfte politischen Handelns eingeführt. Und, zusammen mit
anderen, wie zum Beispiel Erhard Eppler, dafür gesorgt, dass auch
politisch danach gehandelt wurde. Die ganze Gesellschaft schien
aufgebrochen zu sein, den Leitgedanken des damaligen
Bundeskanzlers zu folgen.

Doch was kam danach. Und wie sieht es heute aus?

Laura, 15 Jahre alt, Tochter einer Hartz-IV-Empfängerin, hat das
musikalische Talent von ihrem Vater geerbt, der die Familie schon
lange verlassen hat. Laura wünschte sich sehnlichst eine E-Bass-
Gitarre. In den großen Ferien hat sie in einem Verlag gejobbt. Sie
packte Kartons, sortierte Kopiervorlagen, glich Daten im
Computersystem ab. Sie verdiente ihr erstes eigenes Geld. 617 Euro
und 88 Cent. Ihr Arbeitgeber war zufrieden und sagte, sie dürfe in den
nächsten Ferien wieder kommen. Für 350 Euro kaufte sie sich das
ersehnte Instrument. Laura zahlte bar. Es war einer der stolzesten
Momente in ihrem Leben.

Kinder dürfen in der Bundesrepublik Deutschland bis zu 7664 Euro
im Jahr verdienen, ohne dass ihren Eltern der Kinderfreibetrag
gestrichen wird. Hartz-IV-Kinder nicht! Sie dürfen 100 Euro im
Monat behalten. Von jedem Euro, den sie mehr verdienen, werden 80
Cent abgezogen. Lauras Mutter bekam vom Landratsamt den
Bescheid, dass sie von dem Geld, das ihre Tochter verdient hatte, 334
Euro 30 zurückzahlen müsse. Und da gab es keine Gnade.

Sie haben von dem Fall vielleicht gelesen, meine Damen und Herrn.
Dann wissen Sie auch, dass die Berichterstattung darüber für die SPD
inzwischen Anlass war eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, um diesen
Zustand zu ändern.

Keine Gesetzesinitiative gibt es freilich gegen die weitere Verarmung der sozial ausgegrenzten Menschen in unserem Land. Ganz im Gegenteil. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ein Sparpaket beschlossen, das so aussieht:

200 Millionen bringt die Abschaffung des Übergangsgeldes vom Arbeitslosengeld zu Hartz IV in den Staatssäckel.

400 Millionen die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger.

200 Millionen die Einschränkung des Elterngeldes, dort, wo es nicht ganz gestrichen wird.

100 Millionen die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger. (Herr Sarazin hat ja den Armen in unserer reichen Republik schon vor Jahren geraten, einen Pullover mehr anzuziehen, wenn es ihnen kalt wird.)

Summa summarum ergeben die Einsparungen des Staates bei den Ärmsten der Armen 900 Millionen Euro.

Das sind 100 Millionen weniger als die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hoteliere von 19 auf 7 Prozent die Bundesrepublik kostet.

Für eine arbeitende Mutter, die als Geringverdienerin ihr Einkommen durch Hartz-IV aufstocken muss, sinkt das Einkommen durch den Wegfall des Elterngeldes um 30 Prozent. So viel Einkommensverzicht mutet niemand, nicht einmal die Linke, den Wohlhabenden zu.

Und jetzt gibt es also für Hartz-IV-Empfänger in zwei Stufen sage und schreibe 8 Euro mehr! Das Bundesverfassungsgericht hat der Regierung den Auftrag erteilt, für mehr Gerechtigkeit gegenüber den Hartz-IV-Familien zu sorgen. Viele Stunden haben die Spitzen der Regierungsparteien beraten. Am Ende kann man sagen: Der Berg hat gekreist und ein Minimäuslein geboren. Als hätten sich die

verantwortlichen Parteigrößen geschworen, die Ärmsten der Armen mal so richtig zu verhöhnern. Es müsse klar sein, sagen Merkel, Seehofer und Westerwelle, dass der, der morgens aus dem Haus gehe, um zu arbeiten, mehr im Geldbeutel habe, als jener, der nicht arbeite. Das Problem wäre so leicht zu lösen! Indem man, wie es die allermeisten anderen europäischen Länder schon tun, einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, der deutlich über den Hartz-IV-Sätzen liegt. Das wäre vernünftige Sozialpolitik.

Als Botschafter für das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, berufen von der Sozialministerin Ursula von der Leyen, war ich auch in der Jury für den deutschen Sozialpreis tätig. Mit einigem Gewinn, habe ich journalistische Arbeiten gelesen, die für diesen Preis eingereicht wurden. Eine kleine Anekdote. Eher beiläufig erzählt, hat mich mit am meisten betroffen gemacht: Eine Mutter, Hartz-IV-Empfängerin aus Recklinghausen erzählt. (*ZITAT:*) "Bis vor kurzem hat mein elfjähriger Sohn Alexander in einem Verein Fußball gespielt. Jetzt ist seine Mannschaft mitsamt den Trainern zu einem anderen Club gewechselt. Und er ist der einzige, dem sie nicht Bescheid gesagt haben." (*ENDE DES ZITATS*) Es war nicht die einzige Kränkung, die der Junge erfahren musste, weil er armer Leute Kind ist, aber diese Demütigung hat ihn besonders hart getroffen...

„I glaub i stirb no dra, `s guckt mi koi Mensch mehr a...“

Eine Liste des Grauens nennt ein Bürger aus Leinfelden-Echterdingen, der in der Wochenzeitung DIE ZEIT einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben hat, das Sparpaket des Kabinetts um Merkel, Schäuble und Westerwelle. Er sei immer ein Fan von ihr gewesen, schreibt Stefan Martin – so heißt der Mann. Aber er habe seinen Augen nicht getraut als er sich die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Koalition angesehen habe. Und dann schreibt er wörtlich: „Sie wollen das Elterngeld der Hartz-IV-Empfänger streichen, aber den Spitzensteuersatz unangetastet lassen? Was haben Sie sich denn dabei gedacht? Von der Vorsitzenden einer Partei, die das C im Namen trägt, erwarte ich, dass sie die am Rande stehenden und ausgegrenzten Menschen in ihrer Politik besonders berücksichtigt.“

Ich kenne den Verfasser des Briefes nicht, meine Damen und Herrn, aber aus seinem Brief schließe ich, dass er zu den Menschen zählt, denen es gut geht. Umso bedeutungsvoller sind die folgenden Zeilen aus seinem Brief: „Diese Menschen werden jeden Tag von existentiellen Sorgen niedergedrückt“, schreibt er. „Am meisten leiden die Kinder darunter.“

„Weil sie nicht die neuesten Klamotten tragen können und ihre Eltern nicht das Geld haben, ihnen die Klassenfahrt zu finanzieren, werden sie zu Außenseitern. Von sozialer Kälte und Ignoranz gegenüber den Sorgen dieser Menschen zeigt es, wenn Sie nun auch noch den Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld streichen wollen. Damit nehmen Sie den Kindern den letzten Rest an gesellschaftlicher Teilhabe; von Ihrer Würde einmal ganz abgesehen.“

I glaub, i stirb no dra, `s guckt mi koi Mensch mehr a...

Was in dem offenen Brief an Frau Merkel zum Ausdruck kommt, sagt uns ganz deutlich: Der Begriff Armut reicht nicht, um die Situation der Menschen zu beschreiben, die am unteren Rand der Gesellschaft leben. Es geht nicht allein um Geld. Tatsächlich muss ja niemand bei uns verhungern. Es geht um die Teilnahme am Leben! Armut ist deshalb nicht nur eine Frage des Einkommens. Armut, wie sie in unserem reichen Land erlebt wird, ist eine Verletzung der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Jedes sechste Kind in der Bundesrepublik ist betroffen. Jedes sechste Kind wächst in Armut auf. Und längst wissen wir alle, der finanziellen Armut folgt die Bildungsarmut.

Wenn es die Kinder nicht zum Hauptschulabschluss schaffen, ist eine weitere Hartz-IV-Karriere vorprogrammiert. Andererseits haben inzwischen viele Untersuchungen klar erwiesen: Wo Kinder eine Bildungschance bekommen, nehmen sie diese auch wahr. Wo Arbeitslose eine Chance zur Wiedereingliederung bekommen, nutzen sie diese. Wie überall im Leben, gibt es auch hier Ausnahmen. Natürlich. Aber sie sind nun wirklich nicht die Regel!

Es gibt bei uns keine Chancengleichheit. Kinder aus benachteiligten Familien müssen dreifache Kräfte aufbringen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Erstens müssen sie die gleichen Hürden bewältigen wie alle anderen auch.

Zweitens müssen sie sich meistens aus eigenem Antrieb und ohne die Unterstützung der Eltern (sei es nun finanziell oder emotional) aus ihrem schwierigen Umfeld herauskämpfen.

Drittens müssen sie die Hindernisse überwinden, die ihnen die Gesellschaft und der Staat noch zusätzlich in den Weg legen: Soziale Ausgrenzung durch die Gesellschaft, finanzielle Belastungen wie Studiengebühren durch den Staat zum Beispiel.

Eigentlich kann man sich nicht wundern, dass viele Betroffene den Mut verlieren. Aber genau das wird ihnen dann wieder zum Vorwurf gemacht.

Wir alle sind für diese jungen Menschen mit verantwortlich. Es ist unser aller Aufgabe, für mehr Chancengleichheit zu kämpfen.

Übrigens trifft es nicht nur Kinder. Wer ein Leben lang gearbeitet hat und mit 55 entlassen wurde, wird nicht selten behandelt wie einer, der nie etwas geleistet hat.

I glaub, i stirb no dra, `s guckt mir koi Mensch mehr a...

Aber was macht die schwarzgelbe Koalition? Sie hält an dem Plan fest, Arbeitnehmern erst mit 67 eine Rente zu zahlen. Außerdem hat sie beschlossen, für Hartz-IV-Empfänger keinerlei Beiträge in die Rentenkasse mehr zu entrichten.

Zudem sträubt sie sich standhaft, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, was bedeutet, dass Billiglöhnen irgendwann Billigrenten folgen werden. Und Philipp Rösslers Gesundheitsreform erlaubt in

Zukunft, dass die Krankenkassen die Beiträge aus eigener Macht erhöhen können. Wer es mit dem besten Willen nicht schafft, darf einen Antrag stellen und bekommt dann finanzielle Hilfe aus dem Steuersäckel der Regierung. Dass man so der Armut in unserem Land nicht Herr wird, weiß jeder.

Nun hat die Regierung nach dem Prinzip, wer nicht mehr weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis, eine Kommission eingesetzt, die sich mit der drohenden Altersarmut beschäftigen soll. Das heißt: Die Koalition lässt über Probleme nachdenken, die sie mit einer anderen Politik verhindern könnte. Mehr Weitsicht geht nicht, oder?

Die einstige Bischöfin Käsmann wurde neulich einmal gefragt, ob sie denn bei Frau Merkel, die in einem Pfarrhaus aufgewachsen ist, die Prägung durch das christliche Elternhaus erkenne. Frau Käsmann schlägt einen diplomatischen Bogen, indem sie antwortet: „In der Bibel heißt es, Gerechtigkeit im Land misst sich daran, wie es den Schwächsten im Lande geht. Und da habe die Kanzlerin im Pfarrhaus schon etwas mitbekommen, nämlich dass sie sich nicht nur vor der Partei sondern auch vor Gott verantworten müsse.

Aber die Pfarrerstochter aus Templin konnte oder wollte nicht verhindern, dass eine Politik des Gegeneinander entstanden ist, die zum Beispiel dadurch ihren Ausdruck findet, dass der Staat Jahr für Jahr 165 Milliarden Euro zum Vorteil einzelner Berufsgruppen gewährt – die Hoteliers sind nur eine davon. 165 Milliarden Euro an Steuervergünstigungen und Subventionen. Dieses Geld neu zu verteilen, würde vielleicht manch einem wehtun in unserer Gesellschaft, aber es würde mehr Möglichkeiten geben, die Zukunft gerechter zu gestalten.

Man muss ja nicht so weit gehen, wie Erich Fried gegangen ist, als er schrieb: *(ZITAT:)* „Den Armen wäre für eine bessere Zukunft zu wünschen, dass sie alle in ihren Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen, so findig und so beständig, wie es die Reichen im Kampf gegen die Armen sind.“ Noch drastischer hat es Bert Brecht gesagt: *(ZITAT:)* „Die Armen sind auf Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit.“ Aber wenn man zum Beispiel gesehen hat, wie

die Stromkonzerne aus der Verlängerung der Laufzeiten für ihre Atomkraftwerke auf Kosten der Allgemeinheit Kapital schlagen konnten, kann man schon auf den Gedanken kommen, dass da einiges gewaltig aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Inzwischen wird das nicht nur den Betroffenen unheimlich. Auch Menschen, denen es zwar gut geht, denen aber auch klar ist, dass eine Gesellschaft nur existieren kann, wenn es einigermaßen gerecht zugeht, melden sich kritisch zu Wort und suchen nach Lösungen.

Immer häufiger melden sich Bürger unseres Landes zu Wort, die es in unserer Gesellschaft zu Wohlstand gebracht haben, oder die ihren Wohlstand bereits geerbt haben, die aber auch bemerkt haben, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Diese Menschen erklären sich öffentlich bereit, größere finanzielle Lasten zu schultern, um dem Ganzen zu dienen. Einer von Ihnen hat neulich zu mir gesagt:

(ZITAT:) „In unserem Staat haben sich leider drei Welten etabliert:

Die Wirtschaft,

die Politik

und das Volk.

Jede dieser Welten lebt nach ihren eigenen Regeln. Bis vor einiger Zeit waren die Grenzen noch durchlässig. Aber ich beobachte, dass das Gespräch zwischen diesen drei Welten zunehmend verstummt. Man redet nicht mehr miteinander. Und wenn, dann beschimpft man sich gegenseitig:

Die Politik die asozialen Manager,

die Wirtschaft die ahnungslosen Politiker

und das Volk pauschal die da oben. *(ENDE DES ZITATS):*

Diese Sprachlosigkeit gilt es zu überwinden. Das geht nur, wenn wir ehrlich zu uns sind.

Nicht jeder Unternehmer, auch nicht jeder Bankier ist von Gier getrieben;

nicht jeder Hartz-IV-Empfänger will den Staat betrügen.

Nicht jeder Politiker denkt nur an seinen eigenen Erfolg.

Wir haben zwar alle Interessen, aber die gilt es nicht nur zu vertreten sondern gegeneinander abzuwägen.

Wer mehr leisten kann, ist doch nicht selten auch bereit, mehr zur Solidargemeinschaft beizutragen. Nicht zuletzt, weil er weiß, dass wir alle wachsam sein müssen, damit der soziale Friede nicht immer weiter gefährdet wird.

Zum Aschermittwoch war ich von der SPD Stuttgart eingeladen, die Aschermittwochsrede zu halten. Als Form habe ich Schillers Kapuzinerpredigt aus Wallensteins Lager gewählt. Und im Duktus unseres Landsmannes, unter anderem die folgende Passage vorgetragen.

Mancher kluge Kopf schrieb das ja schon:
Die Bundesrepublik braucht eine Kulturrevolution.
Wir sehnen uns nach Entscheidungen ohne Korruption,
nach einer Politik, die anstatt
der Wahlklientel die Menschen im Auge hat.
Uns alle, groß oder klein.
So müsste es sein!

Und so war es einmal. Denkt an Willy Brandt,
der hatte zu seiner Zeit ganz klar erkannt,
was sich die Merkels und Westerwelles schenken:
Umsicht, Weitsicht und strategisches Denken,
braucht man, um politisch zu lenken.
Empathie, Vertrauen und Solidarität –
Heute leider eine Rarität!

Das wäre das Ziel:

Ein breites Bündnis, eine gesellschaftliche Koalition,
Aus fortschrittlichen Bürgern, Arbeitnehmern und Wertkonservativen.
Die anständigen Deutschen, sie fänden sich schon.
Verfassungstreu und dem Sozialstaat verpflichtet,
den Blick auf unsere Zukunft gerichtet.

Man muss sie finden, man muss sie fordern,
Es gibt sie an so vielen Orten,
Wir alle sollten in der Bereitschaft, neu zu beginnen,
uns auf jene Werte besinnen,
die eine soziale Demokratie ausmachen.
Man muss ein neues Feuer entfachen!